

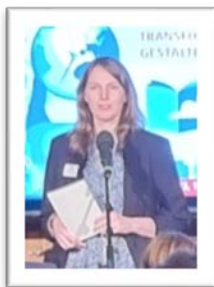
Veranstaltungsbericht

WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION GESTALTEN

15. Februar 2023, 18:00 – 20:00 Uhr

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung, die Ergebnisse der Klimakonferenz COP27 und der aktuelle Bericht des Club of Rome zeigen: Es muss sich etwas tun in der deutschen Wirtschaft. Energie als Grundlage des Wirtschaftens kann dauerhaft nicht fossil gewonnen werden. Wie abhängig die deutsche Wirtschaft von ebendiesen Energieträgern ist, wird unter anderem durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine deutlich. Aber auch in Sachen Digitalisierung müssen Betriebe neue Wege gehen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Nicht zuletzt der Fachkräftemangel stellt Betriebe und Beschäftigte vor neue Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwoch, den 15. Februar 2023 zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Am



Alina Finke

Hildesheimer Marktplatz im historischen Knochenhauer Amtshaus eröffnete **Alina Finke**, Referentin im Landesbüro Niedersachsen der FES, um 18 Uhr die Veranstaltung. Von der Transformation der Wirtschaft sei mittlerweile vermehrt die Rede. Dabei täten sich immer mehr relevante Felder auf, was zu einem sehr komplexen Themenfeld führe. Zur Vereinfachung liege der Fokus der Veranstaltung deshalb auf Niedersachsen.

Um eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, begann **Prof. Dr. Stephan Thomsen**, Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik Hannover, mit einem Input zur aktuellen Situation der niedersächsischen Wirtschaft. Fossile Energie sei schon mehr als 200 Jahre in großen Stil im Einsatz. In dieser Zeit habe sich gezeigt, dass unser Lebensstandard auch immer mit dem Preis für Energie zusammenhing, weshalb günstige fossile Energieträger maßgeblich zu unserem Wohlstand beigetragen hätten, so Prof. Dr. Stephan Thomsen. Gleichzeitig sei schon lange bekannt, welchen schlechten Einfluss das



Prof. Dr. Stephan Thomsen
beim Impulsvortrag

Verbrennen fossiler Rohstoffe auf das Erdklima habe. Deshalb habe man sich international auf das Ziel der Klimaneutralität geeinigt. Niedersachsen wolle 2045 Klimaneutral sein. Da die Wirtschaft für etwa 50% der Emissionen verantwortlich sei, gebe es hier auch großes Einsparpotential.

Die Politik gebe Geld für den wirtschaftlichen Umbau in Niedersachsen, wobei zu fragen wäre, ob diese Finanzierung ausreiche. Vorgesehen seien aktuell 1 Milliarde Euro für die aktuelle Legislaturperiode, notwendig wären wohl allerdings 4 Milliarden Euro jährlich. Ein weiteres Problem, so Prof. Stephan Thomsen, liege bei den benötigten Fachkräften, denn nur Geld für den Umbau reiche nicht aus, wenn nicht genug Menschen da wären, die die nötigen Umbauten durchführen könnten. Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann sei das Erreichen der Klimaziele mehr als fraglich.

Prof. Dr. Stephan Thomsen beschrieb anschließend mögliche Stellschrauben an denen gearbeitet werden müsse. So sei erstens eine Wärmewende in der Industrie notwendig. Für bestimmte Hochtemperaturprozesse sei dafür Wasserstoff notwendig, alle anderen Prozesse könnten gut auf Strom, Solar oder Geothermie umgestellt werden. Zweitens müssten sogenannte Prozessemissionen vermieden werden. Hier würde allerdings die Datengrundlage fehlen, in welchen Betrieben, z.B. in chemischen Prozessen, CO₂ entstehe und in die Atmosphäre gelänge. Als dritten Punkt nannte Prof. Dr. Stephan Thomsen die Steigerung der Energieeffizienz. Hier seien in der Vergangenheit große Fortschritte gemacht worden. Allerdings habe man dann einfach mehr produziert, was zur Folge hatte, dass die Emissionen insgesamt nicht gesunken wären. Neben dem notwendigen Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur als vierten Punkt, sei der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter relevant. Hier stehe Niedersachsen, abgesehen von der Geothermie, im Bundesvergleich zwar ganz gut da, aber die Ausbaugeschwindigkeit müsse sich zur Erreichung der Ziele steigern. Dabei müsse man insbesondere die Flächenkonflikte klären und die Planung für Investoren vereinfachen. Die Transformation würden auch ohne Veränderungen am Arbeitsmarkt nicht funktionieren. Der wirtschaftliche Wandel zur Klimaneutralität habe unausweichlich auch gesellschaftliche Folgen.

Anschließend an den Vortrag startete die Diskussion mit **Bernd Westphal**, MdB und



Das Panel (v.l.n.r.): Prof. Thomsen, Kerstin Mai, Cosima Schmitt, Bernd Westphal, Ruth Kron

wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, **Kerstin Mai**, Vorsitzende Konzernbetriebsrat Robert Bosch GmbH, **Ruth Krohn** vom Konzeptwerk Neue Ökonomie Leipzig und **Prof. Dr. Stephan Thomsen**. Moderiert wurde die Diskussion von **Cosima Schmitt**, Journalistin und Zeit-Autorin.



Bernd Westphal

Diese wurde kontrovers und mit reger Beteiligung aus dem Publikum geführt. Bernd Westphal stellt zu Beginn fest, dass die Unternehmen in Niedersachsen sich bereits auf den Weg zur Klimaneutralität begeben hätten oder dies tun wollen. Die Politik sei dabei in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen und die Finanzierung zu klären. Bei Bosch zum Beispiel tue sich einiges, meinte Kerstin Mai. Zum Beispiel sei die Umstellung auf E-Mobilität voll im Gange, was für die Mitarbeitenden, die seit Jahrzehnten Teile für Verbrennungsmotoren herstellen

würden, auch mit einem emotionalen Abschied verbunden sei. Die Art der Arbeitsplätze würde sich durch neue Technologien verändern oder gingen verloren. Ruth Krohn merkte an dieser Stelle an, dass sie die Aufbruchsstimmung höchstens in der Wahrnehmung des Klimawandels sehe, es scheitere aber an der Umsetzung. Dabei betonte sie, dass es darum gehe den Klimawandel aufzuhalten, weil ansonsten Teile der Erde unbewohnbar würden und Menschen unausweichlich bei zunehmenden Katastrophen sterben würden. Weil die Möglichkeit begrenzt sei, saubere Energie zu produzieren, müsse man auch darüber



Lebendige Diskussion: Cosima Schmitt (l.) und Bernd Westphal (m.)

nachdenken, auf was verzichtet werden könne, um den Energiebedarf zu senken. Auf diese Aussage erwiderte Bernd Westphal, man bräuchte die Industrie und wolle keinen Industrieabbau. Es sei auch alles zu schaffen, denn auch wenn bis jetzt vielleicht zu wenig gemacht worden sei, ginge es nun umso schneller los. Dr. Stephan Thomsen ergänzte, in unserem freiheitlichen Land könne

man nicht von oben entscheiden und einschränken, was relevant sei und produziert werden dürfe. Man müsse zwar deutlich schneller werden, aber er plädiere dafür, die Ziele nicht zu hoch zu hängen und realistische Wege finden.

Beiden Aussagen widersprach Ruth Krohn vehement. Zum einen seien unsere Ausbaumöglichkeiten nicht unbegrenzt und die Geschwindigkeit nicht hoch genug, zum anderen halte sie es für absurd und unfair gegenüber anderen Ländern und der jungen Generation, die Ziele niedriger zu stecken, weil einem die sonst notwendigen Maßnahmen zu ansträngend wären. Sie selber und die junge Generation habe Angst vor der Zukunft ohne eingedämmten Klimawandel und mache sich ernsthaft Gedanken darüber, ob es unter den gegebenen Umständen verantwortlich sei Kinder zu bekommen.

Prof. Dr. Stephan Thomsen betonte daraufhin, dass genau eine solche Priorisierung, was unbedingt zu erreichen sei, bisher gefehlt habe. Es brauche Prinzipien. Bernd Westphal erkannte an, dass sich alle in der Gesellschaft ihrer Verantwortung bewusst sein müssten.



Ruth Krohn

Aus dem Publikum wurde zu diesem Thema unter anderem die Sorge geäußert, dass die Bevölkerung auf dem Weg nicht richtig mitgenommen werde. Andere Aussagen kritisierten die Förderungsschwerpunkte durch die Politik. Es gäbe es Subventionen an den falschen Stellen. Zu diesem Punkt äußerte auch Kerstin Mai, man müsse endlich wirklich diejenigen Unternehmen unterstützen, die mit voller Kraft die Klimaneutralität anstreben. Prof. Dr. Stephan Thomsen unterstrich diese Aussage, da der Staat mit den richtigen Anreizen steuern könne. Ruth Krohn wiederum verwies darauf, dass man angesichts der aktuellen Lage auch darüber nachdenken müsse, klimaschädliches Verhalten zu verbieten und klar zu sagen, was in Ordnung sei.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion wurde von Kerstin Mai angesprochen, sie verwies darauf, dass junge Fachkräfte aktuell sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Diese



Kerstin Mai

würden ihre guten Möglichkeiten natürlich zum einen dazu nutzen ihre individuelle Situation zu optimieren, zum anderen erlebe sie aber auch immer häufiger, dass darauf geschaut werde, wie mögliche Unternehmen mit den Fragen der Zeit umgehen. Insgesamt sei die Transformation nur zu schaffen, wenn die Unternehmen die Beschäftigten mitnehmen, ergänzte Ruth Krohn. Auf Rückfrage aus dem Publikum zeigte Kerstin Mai auf, dass Umschulungen und die Integration von Geflüchteten aus dem Ausland eine gute Möglichkeit

darstellen würden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, die Umsetzung in der Praxis allerdings schwieriger sei, weil auch immer die Neugierde auf etwas Neues bei den Mitarbeitenden vorhanden sein müsse.

Eine grundsätzliche Frage warf Ruth Krohn gegen Ende der Diskussion auf. Es sei zu überlegen, wer die Transformation bezahle und ob es nicht eine stärkere Umverteilung bräuchte. Bernd Westphal appellierte an die Gesellschaft, notwendige Diskussionen konstruktiv in die Zukunft gerichtet und ohne Vorwürfe zu führen.